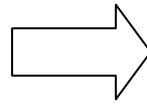


21. November 2011



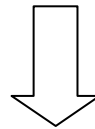
taz Nord Bremen

LESERINNENBRIEFE

zum Artikel „Rektorenkür ausgebremst“

<http://www.taz.de/Neue-Uni-Fuehrung-!81963/>

28. November 2011



Ein Rektor sollte Geist schätzen

■ Betr.: „Rektorenkür ausgebremst“, taz.bremen vom 15.11.

Ich bin altmodisch und fände es schön, wenn ein Uni-Rektor Geist erkennen lassen würde, Lust auf Erkenntnis, Spaß am gemeinsamen Austausch und der gemeinsamen Verbesserung. Nach der Zivilklausel-Veranstaltung sehe ich Arnim von Gleich hierfür als denkbar völlig ungeeignet an. (...)

In einer in Bremen engagiert geführten Diskussion über eine OHB-Stiftungsprofessur erkennt von Gleich keine engagiert geführte Diskussion, sondern den Versuch einer Skandalisierung. (...)

Von Gleichs Argumentation zielte an diesem Abend vom ersten Moment an darauf ab, das Gegenüber zu diskreditieren, indem Meinungen anderer als willkürlich und skandalheischend bezeichnet werden. Dabei ist selbst der zynische Verweis auf die Unberechenbarkeit öffentlicher Diskussionsprozesse kein fester Glaubenssatz von ihm, sondern selbst nur Verfügungsmasse seiner Inszenierung. Denn mehr als einmal verweist von Gleich darauf, dass an diesem Abend die Menschen im Saal eh nicht repräsentativ sind und beruft sich für seine Position auf nicht näher dargestellte gesamtgesellschaftliche Mehrheiten.

Hier schließt sich dann der Kreis zu einem provinziellen Berlusconi-ismus. Da von Gleich erkennen lässt, dass er breite demokratische und partizipative Prozesse nicht akzeptiert und er umgekehrt ganz deutlich auf eine abgeschlossene Elite setzt, ist er in meinen Augen maximal ungeeignet für eine Wahl.

HASSO JACOBSEN, BREMEN

■ Betr.: „Rektorenkür ausgebremst“, taz.bremen v. 16.11.2011

Abgesehen vom Schreibfehler zur Zusammensetzung des Podiums aus einem Mann mit „Steherqualitäten“ (Dekan Arnim von Gleich und Bewerber für das Amt des Rektors) und „vier Zivilklausel-Gegnern“ (muss heißen „vier Zivilklausel-SchützerInnen“) sollte der Öffentlichkeit nicht vorenthalten bleiben, warum das Podium so einseitig besetzt war. Auf meine Nachfrage beim Organisator Hans-Jörg Kreowski erklärte dieser, dass keine weiteren Uni-Verantwortlichen für das Podium gewonnen werden konnten, die sich ähnlich wie der Dekan „für eine Neufassung der Klausel“ aussprechen.

Das ist bemerkenswert, weil im Juni eine Mehrheit des Akademischen Senats drauf und dran war, Leitlinien für eine Neufassung zu beschließen. Angesichts einer Fülle an Kandidaten kommen Terminprobleme nicht in Frage. Da bei Hochschullehrern Kleinmütigkeit in der Regel nicht unterstellt werden kann, verbleibt für mich das Motiv der bewussten Zurückhaltung, um den öffentlichen Eindruck der „Steherqualitäten“ (vier auf einen Streich) entstehen zu lassen.

Keine demokratisch überzeugende Einstellung. Ebenso wenig wie die des Dekans, der die inhaltliche Kritik an der OHB-Stiftungsprofessur zur „Skandalisierung“ aufbauschte, um dann auf den selbst erzeugten Popanz einzudreschen. Von Gleichs Argumente für eine Neufassung der Klausel wirken konstruiert, um einen vorgegebenen Zweck zu erfüllen. Fast eintausend UnterzeichnerInnen unterstützen aus guten Gründen die Online-Petition des Asta für den Erhalt der Zivilklausel. DR.-ING. DIETRICH SCHULZE, ZIVILKLAUSELSCHÜTZER, KARLSRUHE

OHB ist ein Rüstungsbetrieb

■ Betr.: „Rektorenkür ausgebremst“, taz.bremen v. 16.11.2011

Eine Professur „Raumfahrttechnologie“ möchte das Ehepaar Fuchs, Mitbesitzer der Firma „Orbitalhochtechnologie Bremen (OHB)“ stiften. Gegen die Einrichtung dieser Stiftungsprofessur argumentieren das Bremer Friedensforum, mehrere Hochschullehrer und der Allgemeine Studentenausschuss (Asta).

Zwar ist OHB kein Betrieb, der Handfeuerwaffen, Panzer oder Landminen herstellt, aber es produziert Satelliten für die Bundeswehr. Mit der SAR-Lupe, dem bekanntesten Produkt von OHB, „verfügt die Bundeswehr über ein unabhängiges Aufklärungssystem weltweit, wetterunabhängig, zu jeder Tages- und Nachtzeit“, so preist OHB ihr Produkt in einer Werbebroschüre an. Und Generalmajor Kiesel aus dem Verteidigungsministerium präzisiert: „Ein solches System dient der politischen und militärischen Führung zur Planung militärischer Einsätze und den Einsatzkräfte zum zeitgerechten Gewinnen aktuelle Lageinformation“.

ERNST BUSCHE, BREMEN